

Zuweiserprämien: "In fünf Jahren ist das Thema durch"

Qualitätswettbewerb statt Zuweiserpauschalen - das könnte eine sinnvolle Lösung für Patienten sein.

DRESDEN (tra). Das Thema Pauschalen für zuweisende Ärzte zieht nach wie vor. Das zeigte sich auf dem bundesweit mit Spannung erwarteten Forum "Der verkaufte Patient" beim 61. Urologenkongress in Dresden. Der große Saal auf dem Messegelände der Landeshauptstadt in Sachsen war bis auf den letzten Platz besetzt.

"Als Ökonom habe ich nichts gegen die Zuweisungspauschale" sagte Gesundheitsökonom Professor Peter Oberender aus Bayreuth. Überwiegend Kliniken mit Problemen bei der Bettenauslastung würden "Fangprämien" nutzen - und viele davon früher oder später ausscheiden. "Häuser, die gut sind, haben so etwas nicht nötig. In vier, fünf Jahren spricht niemand mehr darüber", prophezeite er. Die neuen Vertragsmöglichkeiten zur Vernetzung hält er nicht für den Auslöser, sondern Überkapazitäten bei Klinikbetten.

Doch nicht alle Teilnehmer der Diskus-

sion sahen die Zuweiserprämien so emotionslos wie Oberender. Der Jurist und Allgemeinmediziner Dr. Reinhold Altendorfer sieht den Knackpunkt der "Kopfprämien" im Missverhältnis zwischen Entgelt und erbrachter Leistung. Zuweisungsprämien verstießen gegen Standesrecht und lägen juristisch sowie moralisch-ethisch in einer Grauzone.

DGU-Präsident Professor Manfred Wirth lehnte die juristische These "Erlaubt ist alles, was nicht ausdrücklich verboten ist" strikt ab. "Der Arzt muss Vertrauensperson für den Patienten bleiben", erklärte er. Die Deutsche Gesellschaft für Urologie (DGU) hatte als erste das Problem beim Namen genannt. Professor Klaus-Peter Günther von der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) forderte die Offenlegung sämtlicher Verträge zwischen den Versorgungsebenen und eine unabhängige Clearingstelle für Streitfragen.

"Ich fände es extrem hilfreich, wenn die Patienten wüssten, wie Ärzte bezahlt werden. Das würde Kritikern viel Wind aus den Segeln nehmen", sagte Dr. Clemens Ritter von Kempfski, Geschäftsführer der EuromedClinic Fürth. Die Aufregung rühre vor allem daher, dass die Ärzte nicht offen darüber geredet hätten.

Transparente und harte Kriterien der Behandlungsqualität können Zuweisungspauschalen den Boden entziehen. "Medizinische Parameter auf den Tisch zu bringen bringt den Patienten am meisten", sagte der Medizinische Vorstand des Universitätsklinikums Dresden, Professor Michael Albrecht.